

Haiti

Gegenstandspunkt 4-94

Eine ungeliebte Ordnungsaktion im Hinterhof für die Glaubwürdigkeit der USA

Die USA haben in Haiti militärisch interveniert. Allerdings in einer Weise, die der Öffentlichkeit einiges Kopfschütteln abgenötigt hat, weil nach ihrem Geschmack die Entmachtung der Militärs zu unentschlossen und mit geradezu unerträglichem „Respekt“, statt als Strafgericht an den „Schlächtern“ vonstatten gegangen sei. [1] Auch wenn die Fanatiker überzeugender Machtdemonstrationen den erpresserischen Charakter des Arrangements mit den haitianischen Militärmachthabern vornehm übergehen, sie bemerken mit ihrer Häme über die „Schmierkomödie“ eine Eigentümlichkeit: Die überlegene Gewalt hat nicht die unbotmäßigen Putschisten demonstrativ machtvoll in die Knie gezwungen und einem wehrlosen Hinterhofregime ihren Willen aufoktroziert – wie bei Grenada und Panama. Selbst als Clinton den Ernstfall schon weltöffentlich verkündet hatte, hat er den inzwischen in solchen Missionen geübten Ex-Präsidenten Carter den haitianischen Militärschefs nämlich noch die Zustimmung zu ihrer Entmachtung und zu einer amerikanischen Militärpräsenz in Haiti abgerungen, um einen gewaltsamen Einmarsch zu vermeiden. Diese Zustimmung hat sich Clinton einiges Entgegenkommen an Ehr- und andere Bedürfnisse von Cedras & Co. kosten lassen. [2] Es ist unübersehbar: Mag Clinton der Aktion auch noch so sehr den Rang einer überzeugenden Weltmachtmission zuschreiben; die amerikanische Regierung entledigt sich nach ihrem eigenen Verständnis einer mehr als lästigen Herausforderung. Davon zeugen Begründung, Ziel und Verlauf der „friedlichen Intervention“.

Die Herausforderung

lag nicht in der Gefährdung einer positiven Funktion Haitis für amerikanische Macht- und Geschäftsbedürfnisse, sondern hat einen negativen Grund. Das Land versagt den elementaren Dienst, den die USA auch von einem ruinierten und politisch bedeutungslosen Kleinstaat, zumal in ihrem ausschließlichen Zuständigkeitsbereich, verlangen: Er soll sich bei der Aufsichtsmacht nicht störend bemerkbar machen und ihr Lasten ersparen. Dafür findet der Präsident bewegende Bilder amerikanischer Betroffenheit von der Zerstörung jedes „zivilen Lebens“ auf Haiti:

„Heute leben mehr als vierzehntausend Flüchtlinge auf unserem Marinestützpunkt Guantanamo. Die Amerikaner haben bereits nahezu 200 Millionen Dollar für ihre Unterstützung und zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftsembargos aufgebracht, und wenn wir nicht handeln, besteht die Aussicht, daß jeden Monat Millionen und Abermillionen auf unbestimmte Zeit ausgegeben werden. Wir werden uns weiterhin der Gefahr eines Massensexodus von Flüchtlingen und dieser konstanten Bedrohung der Stabilität in unserer Region stellen und unsere Grenzen kontrollieren... Wir müssen die brutalen Greuelataten stoppen, die Zehntausende von Haitianern bedrohen, unsere Grenzen schützen, in unserer Hemisphäre Stabilität erhalten und Demokratie fördern sowie die Glaubwürdigkeit der Verpflichtungen bewahren, die wir eingehen.“ (Rede vom 19.9.; in: amerika dienst)

Clinton bemißt den Unterschied zwischen einer ordentlichen Regierung und einer Gewaltherrschaft also daran, ob die Elendsgestalten verlässlich eingefriedet und ruhiggestellt werden, oder ob sich die Bewohner des Armenhauses störend bemerkbar machen – auswärts.

Wenn er die Vorzüge demokratischer Verhältnisse auch für Haiti anpreist, dann denkt er an die Entlastung Amerikas: „*Die Demokratien... werden ihren Bürgern eher die Chance bieten, die sie zum Verbleib in ihrem eigenen Land und zum Aufbau einer Zukunft ermutigen.*“ (ebenda) Ein kleiner Zynismus gegenüber den dahinvegetierenden Massen Haitis.

Aber darüberhinaus ein ernsthaftes Ansinnen des amerikanischen Oberaufsehers an die herrschenden Figuren. Die sollen ihre Herrschaftsansprüche dem amerikanischen Bedürfnis nach „Stabilität“ unterordnen. Daß die Eindämmung des Kommunismus hinfällig geworden ist – ein Auftrag, den die USA auf Haiti am sichersten bei den bekannten Diktatoren und den paar reichen Familien, gleichbedeutend mit „der Wirtschaft“ Haitis, aufgehoben sahen – und daß das Land ökonomisch ruiniert ist, heißt eben nicht, es würde aus der amerikanischen Aufsicht entlassen. Seine herrschenden Kreise sollen dafür sorgen, daß im Land, ohne die alte politische Bedeutung und mit schwindenden Mitteln, Ordnung herrscht, auch wenn die wegen der Staatsarmut und wegen der dahinvegetierenden Massen gar nicht, bzw. nicht ohne dauernde unmittelbare Gewaltanstrengungen zu haben ist. [3] In diesem Sinn haben die USA auch für Haiti auf Demokratie gesetzt und so die blutigen Auseinandersetzungen beenden wollen, für die es in den Augen der amerikanischen Aufsichtsinstanz keinen weltpolitisch guten Grund mehr gab. Nach den Vorstellungen der Oberdemokraten in Washington sollte das Volk durch einen Wahlentscheid die Gelegenheit bekommen, seine Zustimmung zur politischen Herrschaft abzuliefern, sich dadurch befrieden lassen und die diktatorischen Herrschaftsmethoden überflüssig machen. Ein gehöriger Idealismus, wie sich schnell gezeigt hat.

Gebracht haben die Wahlen nämlich keine Stabilisierung, sondern den Erfolg eines ehemaligen Armenpriesters mit ziemlich unpassenden sozialreformerischen Vorstellungen, der den Massen nicht nur aus Wahlgründen eine Verbesserung ihrer Lage versprochen hat, sondern den Staat wirklich mehr auf eine Massenbasis stellen wollte und deshalb einige Veränderungen in Richtung auf einen ordentlichen Staat ins Auge faßte. Damit hat er nicht nur die alten Nutznießer der bescheidenen Staatspfründe gegen sich aufgebracht, sondern auch die paar ökonomischen Nutznießer in Haiti. Diese Koalition hat den störenden Reformpolitiker durch einen gewaltsamen Umsturz des Militärs verjagt. Statt daß die Massen befriedet worden wären, regierte seitdem wie eh und je der Terror. Eigentlich ein schlagender Beweis, daß das Programm „Stabilität durch Demokratie“ kein allgemein durchgesetztes politisches Bedürfnis und für die Verhältnisse Haitis überhaupt unhaltbar ist. Das Funktionieren demokratischer Verfahren setzt nämlich eine einige politische Elite, ein verbindliches nationales Weiß-Warum, eine herrschaftlich gesicherte ökonomische Benutzung des Volks für die Mehrung des privaten und nationalen Reichtums, kurz: eine gefestigte Staatlichkeit voraus; aber die demokratische Herrschaftsform stiftet aus sich heraus keine Stabilität. Die US-Regierung hat das allerdings anders gesehen und für das Scheitern ihres Ordnungskonzepts die herrschenden Figuren verantwortlich gemacht: die Putschisten untergraben das amerikanische Interesse an geordneten Verhältnissen. Weil sich die Generäle dieser Lesart und ihren Konsequenzen hartnäckig widersetzen, wurde für Amerika ihr Machtverzicht zur Prinzipienfrage: zu einer Frage der Glaubwürdigkeit als Aufsichtsmacht, die offene Insubordination in ihrem Hinterhof nicht hinnehmen kann. [4] Deshalb mußten sie verschwinden.

Das Programm „Stützung der Demokratie“

zielt allerdings überhaupt nicht bloß darauf, den Putsch rückgängig zu machen und den gewählten Präsidenten in seine legitim erworbenen Machtpositionen einzusetzen. Amerikanische Militärs übernehmen erst einmal faktisch die Macht in Haiti, nicht um dieses

Land dauerhaft im Sinne eines kolonialistischen Abhängigkeitsverhältnisses ihrer Gewalt zu unterstellen, sondern mit dem entgegengesetzten Ziel: Die Besatzungsmacht will dem Land eine neue Staatsgewalt stiften, um das Land dadurch politisch eigenständig zu machen. Was die politischen Kräfte des Landes und die demokratischen Prozeduren nicht geschafft haben, eine verlässliche für alle Kontrahenten verbindliche Ordnung, das will die amerikanische Regierung jetzt durch die Umkehrung der Gleichung ‚Demokratie sichert Ordnung‘ erreichen: Die amerikanische Aufsicht soll für Ordnung sorgen, und damit das Land reif für Demokratie machen. Eine gewisse Gleichgültigkeit und Rücksichtslosigkeit gegenüber den Zuständen und Figuren in Haiti ist dabei nicht zu übersehen.

„Erstens werden die Diktatoren abgesetzt und Haitis legitime demokratisch gewählte Regierung wiedeingesetzt.“ (So hieß es vor der Einigung mit den Militärs; dann wurde bekanntlich eine Abdankung der Militärs bis zum 15. Oktober und als Gegenleistung eine Generalamnestie ausgehandelt.) „Wir werden haitianische Sicherheitskräfte unter ziviler Kontrolle ausbilden, die das Volk schützen, statt es zu unterdrücken. Während dieser Periode werden Polizeibeobachter aus allen Ländern der Welt mit den Behörden zusammenarbeiten, um die grundlegende Sicherheit und bürgerliche Ordnung zu maximieren... Wenn diese erste Phase abgeschlossen ist, wird die große Mehrheit unserer Truppen nach Hause zurückkehren – in Monaten, nicht Jahren... Dann, in der zweiten Phase, wird sich eine sehr viel kleinere Streitmacht mit den Streitkräften anderer Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zusammenschließen. Und sie werden Haiti nach den Wahlen im nächsten Jahr und der Amtsübernahme einer neuen haitianischen Regierung Anfang 1996 verlassen... Präsident Aristide hat zugesagt, mit Ende seiner Amtszeit im Einklang mit der Verfassung abzutreten.“ (Clinton-Rede vom 16.9.)

Amerikanische GIs und Militärpolizei sollen also durch ihre Präsenz erst einmal für Ruhe sorgen und dann eine staatliche Ordnungsmacht auf den Weg bringen. Erst sollen alle Seiten entwaffnet werden und dann ein Gutteil als Mitglied einer neuen Polizeitruppe mit amerikanischer Anleitung und Ausstattung überparteilich Ordnungsaufgaben verrichten, was in einem Land, wo Militär und Polizei sich bisher die Arbeit mit Todeskommandos geteilt haben und jetzt die Opfer von gestern nach blutiger Rache schreien, kein leichtes Unterfangen ist.

Eine entsprechend überparteiliches Vorgehen sieht das Zwei-Stufen-Programm für die Neubesetzung der Machtpositionen vor. Es ist von der Unzufriedenheit geprägt, daß auf allen Seiten die verlässlichen Stellvertreteradressen fehlen, an die man sich mit seinem Ordnungsprogramm halten und denen man das Regieren getrost überantworten könnte. Washington übernimmt die Rolle des ordnenden Schiedsrichters, der alle Machtkonkurrenten in die Schranken weist. Den Militärs wird ein halbwegs förmlicher Machtverzicht eröffnet; ihrer „gesellschaftlichen Basis“ in der reichen Oligarchie und deren Ordnungsbedürfnissen kann die US-Politik nämlich nach wie vor viel abgewinnen. Aristide aber muß für seine Rückkehr an die Macht eine Amnestie und seinen garantierten Machtverzicht im nächsten Jahr unterschreiben. Mit seiner neuerlichen Einsetzung in die Macht ist er zur Übergangsfigur mit insgesamt kaum zwei Amtsjahren und zum Präsidenten von US-Gnaden degradiert. Das schließt ein, daß Aristide seinem alten sozialreformerischen Programm abschwört und in der verbleibenden Zeit für „nationale Versöhnung“ sorgt, spricht: die alten Kräfte an der Macht beteiligt, sowie im Sinne der reichen Oligarchie und amerikanischer „Marktwirtschaftskonzepte“ regiert – also die Massen, die sich von ihm irgendeine Besserung erwarten, gründlich enttäuscht. Nur so kann er das immer noch verbliebene „Mißtrauen in seine politischen Fähigkeiten“ widerlegen. Die ersten Verlautbarungen und Personalentscheidungen beweisen, daß der Mann in den zwei Jahren USA-Exil einiges an

politischer Vernunft dazugewonnen hat, seine neuen Gönner ihn also nicht bloß auf Verdacht zu ihrem legitimen Kandidaten erklärt haben.

Auf diese Weise wollen die Oberaufseher doch noch eine Ordnung in Haiti auf die Beine stellen, die die amerikanische Präsenz überflüssig macht und den Vereinigten Staaten künftig die Unkosten der Kontrolle in ihrem Hinterhof möglichst erspart. Deswegen verspricht Clinton in Erinnerung an vergangene Haiti-Aktionen, sein Land werde sich diesmal nicht längerfristig und umfassend engagieren. Eine Dauerzuständigkeit kommt ihm glatt wie eine unliebsame Verpflichtung und Belastung vor. Erstens will er weltöffentlich beweisen, daß Amerika dauerhaft für Ordnung sorgen kann; dazu gehört nach seinem Geschmack, daß die Aufsicht in so einem Hinterland quasi automatisch funktioniert. Zweitens denkt seine Regierung deshalb nicht daran, mehr als die unbedingt nötige ordnungspolitische Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und sich für einen Wiederaufbau des embargogeschädigten Landes in die Pflicht nehmen zu lassen. [5]

„Wir versuchen nicht eine militärische Schlacht zu gewinnen. Und wir sind in keiner Weise verantwortlich, den Wiederaufbau Haitis aktiv zu gestalten. Dies ist keine Operation zum Bau einer Nation; dies ist keine traditionelle Friedensstiftungsoperation... Der nationale Aufbau muß von den internationalen Hilfsinstitutionen geleistet werden.“

„...daß unsere Soldaten nicht am Wiederaufbau Haitis oder seiner Wirtschaft beteiligt sein werden. Die internationale Staatengemeinschaft muß durch Zusammenarbeit die für den Wiederaufbau Haitis erforderliche wirtschaftliche und technische Hilfe bereitstellen.“
(Pressekonferenz Clintons vom 14.10.; Rede vom 16.10.)

Die Vereinigten Staaten wollen nur dafür verantwortlich sein, die gewaltmäßigen Voraussetzungen zu stiften. Das lassen sie sich dann sogar etwas kosten, vorerst 216 Millionen unter dem Titel „Programm für die Wiederankurbelung der Wirtschaft, für demokratische Reformen und humanitäre Hilfe“, wobei ein Gutteil dieses Geldes für Gehälter und Umschulung der Ex-Sicherheitskräfte vorgesehen ist, um „diesem Drachen die Zähne zu ziehen“ und zu verhindern, „daß sie in den Untergrund gehen und den bewaffneten Kampf aufnehmen.“ (Neue Züricher Zeitung, 19.10.) Was den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes angeht, so verweist Clinton das in den Zuständigkeitsbereich des IWF und der internationalen Gemeinschaft. Freilich nicht ohne Aristide die verbindliche Perspektive mit auf den Weg zu geben, es ginge jetzt vordringlich um eine Privatisierung des öffentlichen Sektors und die Verringerung des Staatspersonals auf die Hälfte.

Die Perspektiven

Es ist also abzusehen, was der von Aristide versprochene Fortschritt von „unmenschlichem Elend“ zur „Armut in Würde“ dem Land bringt: Den eigentlichen Stützen der Gesellschaft im Land wird der Machtwechsel damit versüßt, daß Aristide und sein neuer Ministerpräsident ihnen eine „privatwirtschaftlich“ ausgerichtete Politik versprechen und bei den internationalen Kreditgebern um Aufbaukredite nachsuchen. Die Massen bekommen, wenn überhaupt, das Regiment des IWF mit seinen Sparvorschriften bei staatlichen Subventionen zu spüren und kommen vielleicht etwas mehr in den Genuß der Segnungen der internationalen Hungerhilfe. Alles andere wäre gefährlich und ordnungsgefährdend – das hat Aristide vor dem Putsch bewiesen, als er Demokratie in Haiti mit elementaren sozialstaatlichen Inhalten füllen wollte.

Allerdings macht das umgekehrt die Ordnung noch lange nicht für ihre Vorreiter in Washington verläßlich. Haiti mit dem geringsten Aufwand ein Staatsleben verpassen zu

wollen, zu dem es mit seinen politischen Gegensätzen und seinen ungenügenden ökonomischen Mitteln selbst nicht fähig ist; für eine Stabilisierung aber keine materielle Grundlage stiften zu wollen und „Wirtschaftshilfe“ von vornherein unter dem Gesichtspunkt rigoroser Sparsamkeit und Nichtzuständigkeit zu behandeln; und schließlich das Land möglichst bald sich selbst überlassen zu wollen: Das alles ist schon ein gewisser Widerspruch. Es kommt nämlich überhaupt nur soviel an Staatlichkeit zustande, wie die USA und die internationalen Institutionen zu garantieren willens sind. Das hat die Ordnungsmacht schon zu spüren bekommen. Mit dem Ideal angetreten, die bloße Präsenz amerikanischer Soldaten würde die blutigen Auseinandersetzungen beenden, wurden die Oberaufseher damit konfrontiert, daß unter ihren Augen die Gewalttätigkeiten weitergingen, bzw. jetzt von beiden Seiten losgingen, so daß die Soldaten die Rolle der Polizei übernehmen mußten, um die Todesschwadronen, aber auch die plündernden und rachedurstigen Anhänger Aristides halbwegs zur Raison zu bringen. Das Entmachten der alten Kräfte ist das eine, etwas anderes ist es schon, die Massen, die als ersten Freiheitsakt Cedras und Konsorten „die Kehle durchschneiden“ wollen, davon abzuhalten. Und noch etwas anderes ist es, aus eigentlich unversöhnlichen Mannschaften von Tätern und Opfern eine neue Ordnungsmacht zu schmieden, wenn es gar keine allgemeinverbindliche Staatshoheit gibt, in deren Dienst sie sich stellen könnte usw. usw.. Umgekehrt haben die Putschisten mit ihrem hinhaltenden Widerstand bewiesen, daß auch hoffnungslos Unterlegene und Ziehkinder der USA sich überhaupt nicht freiwillig fügen. Und es ist gar nicht abzusehen, weswegen angesichts der auswärtigen Gleichgültigkeit auch gegenüber einem Haiti unter „demokratischer Führung“ und angesichts der permanenten staatlichen Notlage diese Sorte „nationaler Selbstbehauptung in Würde“ ein für alle Mal aussterben sollte. Das amerikanische Verlangen nach geordneten Hinterhofverhältnissen, ohne daß man den politischen Adressaten dieses Anspruchs die Grundlage für einen funktionalen Nationalismus liefern wollte oder könnte, ist also schwerlich zufriedenzustellen. Und wenn die Clinton-Administration daraus den Schluß zieht, den Fall möglichst schnell der UNO zur Betreuung zu übergeben, um sich Lasten zu ersparen und Aufsichtskosten abzuwälzen, dann zeigt das im Grunde, wie bedingt das Interesse der Aufsichtsmacht an einer Konsolidierung solcher Hinterhofländer ist und wie wenig sie an ihre eigene Propaganda von einem „demokratischen Aufbau Haitis“ glaubt. Soweit hat es der Imperialismus gebracht, daß er einen Großteil seiner Geschöpfe für ziemlich nutzlos erklärt und sich nur dafür stark macht, sie nicht zur Dauerbelastung werden zu lassen.